



Kopie BStU



**Der 17. Juni 1953
in Halle
- ein Tag der
Zivilcourage**

Der 17. Juni 1953 in Halle (Saale)

6.00 Uhr

Seit Beginn der Frühschicht kommt es in der Lokomotiven- und Waggonfabrik Ammendorf (LOWA) zu Diskussionen. Anlass sind willkürlich verfügte Normerhöhungen und der Streik der Berliner Bauarbeiter.

8.30 Uhr

Auf einer Kundgebung in der LOWA fordern Redner die Herabsetzung der Normen, die Senkung der Preise in den staatlichen HO-Läden sowie den Sturz der Regierung.

9.30 Uhr

Etwa 2000 Arbeiter marschieren auf der Stalinallee (heute Merseburger Straße) in Richtung Stadtzentrum.

11.45 Uhr

Der Demonstrationzug, der durch Arbeiter aus weiteren Betrieben auf 8000 Teilnehmer angewachsen ist, erreicht den Thälmannplatz (heute Riebeckplatz). Eine Gruppe junger Arbeiter versucht, in den Sitz der SED-Stadtleitung einzudringen, was der Wachschutz durch Pistolenschüsse verhindert.

12.30 Uhr

300-400 Demonstranten stürmen die SED-Bezirksleitung am Marx-Engels-Platz (heute Steintor). Transparente und Propagandamaterialien werden auf die Straße geworfen. Mehrere Polizisten werden verletzt. Die SED-Funktionäre ziehen sich in die obere Etage zurück.

12.30 Uhr

Mehrere hundert Demonstranten fordern an der Haftanstalt in der Kleinen Steinstraße die Freilassung politischer Häftlinge.

13.00 Uhr

Ca. 800 Demonstranten besetzen den Rat des Bezirkes in der Willy-Lohmann-Straße.

13.00 Uhr

Jugendliche dringen in die SED-Stadtbezirksleitung West im Marktschlösschen ein und werfen Akten und Büromaterial auf die Straße.

13.15 Uhr

Sämtliche Geschäfte schließen „wegen der Unruhen“.

13.15 Uhr

Sowjetische Soldaten postieren sich am Ratshof.

13.30 Uhr

Als die Aufständischen zum Zellenhaus der Strafvollzugsanstalt Kleine Steinstraße vordringen, treibt sie die Wachmannschaft mit gezielten Schüssen zurück. Ein Arbeiter wird schwer verletzt.

13.35 Uhr

Vier Studenten besetzen das Verkehrspostenhaus am Reileck und rufen durch die Lautsprecheranlage zu einer friedlichen Demonstration um 18 Uhr auf dem Hallmarkt auf.

14.00 Uhr

Auf dem Hallmarkt konstituiert sich das „Zentrale Streikkomitee“.

14.15 Uhr

Eine Abordnung der Aufständischen erzwingt in der Staatsanwaltschaft eine Vollmacht zur Freilassung aller politischen Häftlinge.

14.15 Uhr

Im Auftrag des Streikkomitees wird ein Lautsprecherwagen requiriert, der bis 16.30 Uhr (Verhaftung der Besatzung durch Staatssicherheit) unterwegs ist.

14.15 Uhr

Schießbefehl für alle Polizeikräfte im Bezirk Halle.

14.30 Uhr

Ein LKW drückt das Haupttor des Zuchthaus „Roter Ochse“ am Kirchtor auf. Die Aufständischen stürmen auf den Hof und werden von der Wachmannschaft beschossen. Vier Menschen sterben, weitere werden z.T. schwer verletzt.

14.50 Uhr

Volkspolizisten besetzen die Postämter und schließen sie.

15.15 Uhr

Aufständische dringen in das Zellenhaus der Haftanstalt Kleine Steinstraße ein. Im Tumult lässt der Gefängnisleiter sämtliche Zellen aufschließen.

15.15 Uhr

Die ersten von Manövern zurück befohlenen sowjetischen Truppen treffen in Halle ein.

15.15 Uhr

Polizisten beenden die Besetzung der SED-Bezirksleitung.

15.30 Uhr

KVP-Truppen räumen den Rat des Bezirkes.

16.00 Uhr

Alle 245 Gefangenen haben die Haftanstalt Kleine Steinstraße verlassen.

16.00 Uhr

Sowjetische Panzer vertreiben die Aufständischen vor dem Zuchthaus „Roter Ochse“.

16.00 Uhr

SED-Politbüromitglied Fred Oelssner übernimmt die Leitung bei der Niederschlagung des Aufstandes.

17.00 Uhr

Zwei sowjetische Panzer postieren sich auf dem Marktplatz.

18.00 Uhr

Großkundgebung auf dem Hallmarkt. Trotz Straßensperren kommen ca. 60.000 Menschen. Das "Zentrale Streikkomitee" verkündet nochmals die Streikforderungen und ruft für den 18. Juni zum Generalstreik auf.

18.30 Uhr

Im Stadtgebiet wird durch 1.500 Plakate und 10.000 Flugblätter der Ausnahmezustand bekannt gemacht.

18.45 Uhr

Zum Abschluss der Kundgebung auf dem Hallmarkt singen die Menschen das Deutschlandlied. Panzer rollen über den Platz und vertreiben die Demonstranten.

19.15 Uhr

Ca. 2500 Demonstranten erreichen den Thälmannplatz. Einen erneuten Angriff auf die SED-Stadtleitung wehrt die VP mit Schüssen ab. Ein Passant wird erschossen.

20.15 Uhr

Die Mehrheit der Demonstranten zieht über Steintor und Reileck zum Robert-Franz-Ring. An der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit wird auf die Demonstranten geschossen. Ein junger Arbeiter stirbt. Der Demonstrationszug löst sich auf.

21.00 Uhr

Streifen von Sowjetsoldaten und VP verhaften von nun an jeden Bürger, den sie auf der Straße antreffen. Polizisten gehen mit Bajonetten und Gewehrkolben gegen die Menschen auf dem Marktplatz vor.

21.30 Uhr

Die nächtliche Ausgangssperre ist durchgesetzt.

(Nach einer Vorlage von Dr. H.-P. Löhn bearbeitet von Udo Grashoff.)



Kopie BStU



Kopie BStU

Mangelwirtschaft und politische Unterdrückung - zur Vorgeschichte des 17. Juni

Die Mehrheit der Bevölkerung sah in der politischen Lage der SBZ/DDR seit Kriegsende eine Fehlentwicklung. Repressionen prägten das politische Klima. Kritik an der SED wurde hart bestraft. Pfarrer und Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ wurden kriminalisiert und verfolgt.

Lebensmittel waren rationiert. Allein von den Lebensmittelkarten konnte man nicht leben. Zwar verkauften die staatlichen HO-Läden zusätzliche Nahrungsmittel - aber oft zum dreifachen Preis. Und so einfache Dinge wie Rasierklingen, Lederschuhe oder Margarine gab es nicht einmal hier. In dieser Situation empfand die Bevölkerung schon die Erhöhung des Marmeladepreises als einschneidendes Ereignis.

Seit 1952 wurde die Gesellschaft im Zuge des „Kalten Krieges“ umfassend militarisiert. Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) entstand. Da die hierfür benötigten Gelder außerplanmäßig abgezweigt wurden, verschlechterte sich die ohnehin katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung weiter.

Die SED machte angebliche Saboteure und Schmarotzer zu Sündenböcken für die selbst erzeugte Misere: Bauern, die das Abgabensoll nicht erfüllten, standen nicht selten vor der Wahl: Gefängnis oder Flucht in den Westen.

Kleinunternehmer wurden wegen geringfügigem Schwarzhandel enteignet und ins Gefängnis gebracht.

In den Betrieben wurden die Gewerkschaften von der SED beherrscht.

Gleichzeitig versuchte die Regierung, die Arbeiter zu einer "freiwilligen" Erhöhung der Arbeitsleistung zu bewegen. Die oft als Erpressungsversuch empfundene Propaganda verstärkte den Unmut der Arbeiter.

Am 15. Mai verfügte die SED eine zehnpromzentige Normerhöhung - was praktisch eine Senkung der Löhne bedeutete.

Auf Druck Moskaus revidierte die DDR-Regierung am 9. Juni einen Großteil ihrer bisherigen Politik, indem sie überraschend einen „Neuen Kurs“ verkündete. Viele SED-Mitglieder waren zutiefst verunsichert. Gerüchte kursierten. An den Stammtischen prophezeite man, der Umbruch sei nah. Ein Leserbrief, der in der „Freiheit“ vom 15. Juni abgedruckt wurde, sah im „Neuen Kurs“ bereits einen Schritt in Richtung Wiedervereinigung.

Der „Neue Kurs“ - von den Arbeitern als Eingeständnis der Schwäche empfunden - weckte die Hoffnung, dass durch Streiks und Demonstrationen auch die Normerhöhungen rückgängig gemacht werden könnten.

Ausgelöst wurde der republikweite Arbeiteraufstand durch den Streik der Bauarbeiter der Berliner Stalinallee am Tag zuvor.

Ein spontaner Arbeiteraufstand

Bereits Anfang Juni hatte das SED-Blatt „Freiheit“ berichtet, dass sich Arbeiter in der Lokomotiven- und Waggonfabrik Ammendorf (LOWA) weigerten, die Normerhöhung zu akzeptieren. Am 17. Juni bildeten sich zu Beginn der Frühschicht Gruppen von Arbeitern, die darüber diskutierten, ob man sich dem Streik der Berliner Bauarbeiter anschließen sollte. Noch waren im „Roten Halle“ gewerkschaftliche Traditionen lebendig. Kein „westlicher Provokateur“ musste den Arbeitern erklären, was ein Generalstreik ist.

Gegen 10 Uhr formierte sich in Ammendorf ein Demonstrationzug von etwa 2000 streikenden Arbeitern, darunter etwa 80 Prozent der SED-Mitglieder der LOWA. Schon kurz darauf reagierte die Staatsmacht. Der Kommissarische Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), Zaspel, berichtet: „Wir beschlossen einen Einsatz der Reserve der BDVP, ca. 200 Mann, auf der Strasse Ammendorf-Halle, um in der Nähe der Gaststätte Rosengarten diese illegale Demonstration zu zerschlagen ... Später erhielt ich die telefonische Mitteilung von Oberst Rodjonow ..., dass die Volkspolizei gegen die Demonstranten nicht in Erscheinung treten soll und sich zurückhalten.“¹

Die geplante gewaltsame Zerschlagung der Demonstration kam zunächst durch den Einspruch des sowjetischen Kommandanten nicht zustande. Auch am Objekt der Kasernierten Volkspolizei (KVP) in der Damaschkestraße konnten die Demonstranten ungehindert vorbeiziehen, da die Polizisten keinen Befehl zum Eingreifen hatten. In einem Polizeibericht hieß es später: „Immer mehr nahm die Demonstration provokatorischen Charakter an, indem sie angebrachte Sichtwerbungen zerstörten, in HO- und Konsumgeschäften eindringen und tätliche Angriffe auf Partei- und Staatsfunktionäre verübten.“²

Während sich die Vertreter der Staatsmacht durch den Protestzug tausender Arbeiter bedroht sahen, empfanden die Demonstranten die Aktionen als Befreiung. Die Menschen lachten und jubelten, wenn Stalinbilder und SED-Akten auf die Straße flogen. Ein Zeitzeuge, der damals 9 Jahre alt war, erinnert sich: „Aus Richtung Marx-Engels-Platz (Steintor) kamen tausende von Arbeitern heranmarschiert. Am Reileck angekommen haben einige das ca. 6-8 m hohe Stalinbildnis abgesägt. Unter tosendem Jubel krachte das Bildnis mitten auf den Platz und tausende Füße stampften darüber. Meine Mutter drückte mich fest an sich und Freudentränen rannen wie ein Wasserfall über ihre Wangen. Welch eine Befreiung!“³

Belagerung der Haftanstalt Kleine Steinstraße

Uwe Johnson schildert in seinem Roman „Jahrestage“, dass bereits Frauen vor der Strafvollzugsanstalt II in der Kleinen Steinstraße die Freilassung von Gefangenen forderten, als der Demonstrationzug dort eintraf. ⁴

Die Freilassung politischer Gefangener war von der SED selbst im Zuge des „Neuen Kurses“ angekündigt worden. Die „Empfehlung“ des Politbüros war aber nur zögerlich umgesetzt worden. Um die Freilassung zu erzwingen, belagerten die Demonstranten seit den Mittagsstunden des 17. Juni das Gefängnis im Zentrum der Stadt. Sie erreichten den Hof, die Wache schoss in die Menge, es gab Verletzte. Gegen 14 Uhr trafen zwei Züge der KVP zur Verstärkung ein. Sie waren bewaffnet, aber ohne Munition. Teilweise wurden sie durch die Aufständischen entwaffnet. Ein Zeitzeuge erinnert sich: „An der UHA (Untersuchungshaftanstalt), Kleine Steinstraße, wurden Karabiner von einer Menschenkette ... aus dem Innenhof der UHA durch die Toreinfahrt herausgebracht. Der letzte Mann ergriff die Karabiner und schlug sie mit dem Kolben gegen die Hauswand, so daß sie zerbrachen.“⁵

Eine Abordnung der Demonstranten handelte in der benachbarten Staatsanwaltschaft eine Vollmacht zur Freilassung aller politischen Häftlinge aus. Als die ersten Gefangenen entlassen wurden, gelang es den Aufständischen, in das Zellenhaus einzudringen. Angesichts des Tumultes ließ der Gefängnisleiter sämtliche Zellen aufschließen. Krankenwagen wurden gerufen, weil viele Häftlinge in schlechter Verfassung waren.

Bis 16 Uhr hatten alle Gefangenen (245 Frauen) die Haftanstalt verlassen.





Kopie BStU

Der 17. Juni - ein Tag der Gewalt?

„Die Stimmung war eine Mischung aus Freude und Besorgnis“, erinnert sich eine Zeitzeugin. Bei der Besetzung der SED-Bezirksleitung und des Rates des Bezirkes wurde das Bewachungspersonal entwaffnet. Dabei kam es zu Rangeleien. Die große Mehrheit der Demonstranten aber war friedlich. Die den Polizisten abgenommenen Waffen wurden zerstört bzw. in die Kanalisation geworfen.

Um 14.15 Uhr erteilte der Chef der BDVP einen allgemeinen Schießbefehl. Schwerverletzte und Tote gab es, als Polizeikräfte in die Menge schossen. Kein Polizist oder Vertreter der Staatsmacht starb, aber acht Demonstranten bzw. Unbeteiligte verloren ihr Leben.

Es gab auch Polizisten, die versuchten, Menschenleben zu bewahren. So rückte die KVP an der Untersuchungshaftanstalt mit leeren Magazinen an. Zahlreiche Einsatzkräfte weigerten sich, auf Demonstranten zu schießen, warfen die Waffen fort oder ließen sich widerstandslos entwaffnen. Einige wurden dafür nach dem 17. Juni bestraft.

Um 16 Uhr wurde der Ausnahmezustand verhängt. Eine Stunde später postierten sich zwei sowjetische Panzer auf dem Markt. Dennoch fand die für 18 Uhr anberaumte Kundgebung auf dem Hallmarkt statt: „Trotz des inzwischen verkündeten Ausnahmezustandes konnte diese Kundgebung von den Faschisten auf dem Hallmarkt noch durchgeführt werden, da ... ein Eingreifen der VP-KVP und auch der sowjetischen Soldaten noch nicht für ratsam erachtet wurde, da zu diesem Zeitpunkt noch zu schwache Kräfte in Halle anwesend seien“, konstatierte der Polizeibericht.⁶

Auf der Kundgebung wurden noch einmal die Forderungen des Streikkomitees bekräftigt: Freie Wahlen, 40%ige Senkung der HO-Preise, Rücktritt der Regierung. Für den 18. Juni wurde zum Generalstreik aufgerufen. Die Kundgebung endete mit dem gemeinsamen Singen des Deutschlandliedes. Danach versuchten Panzer, die Menschenmenge vom Platz zu vertreiben. Ein Teil der Demonstranten zog noch einmal in einem großen Demonstrationszug über Thälmannplatz, Steintor, Reileck zum Robert-Franz-Ring. An der dortigen Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes wurde auf die Demonstranten geschossen. Ein junger Arbeiter starb. In Panik löste sich der Demonstrationszug auf.

Ab 21 Uhr wurde jeder festgenommen, der noch auf der Straße war. Gegen die Menschen auf dem Markt gingen Polizeikräfte mit Bajonetten und Gewehrkolben vor. Es kam zu Massenverhaftungen. Von den 464 im Bezirk Halle befreiten Häftlingen waren eine Woche später 430 wieder in Haft.

Bilanz der Gewalt:

In der Stadt Halle gab es am 17./ 18. Juni 1953:
15 Leichtverletzte, davon 7 Vertreter der Staatsmacht
6 mittelschwer Verletzte, davon 3 Vertreter der Staatsmacht,
22 Schwerverletzte, davon 6 Vertreter der Staatsmacht,
8 Tote (Aufständische und Unbeteiligte),
davon am Nachmittag 5 Tote am Zuchthaus „Roter Ochse“,
gegen 19.15 Uhr 1 Toter an der SED-Stadtleitung am Thälmannplatz und
20.15 Uhr 1 Toter am Robert-Franz-Ring.
Am 18. Juni wurde eine Frau auf dem Markt erschossen.⁷

Nach dem 17. Juni erschienen in der SED-Presse Berichte über angebliche „verbrecherische“ Ausschreitungen, die belegen sollten, dass am 17. Juni „faschistische Elemente“ am Werk waren.

Besonders eine Person stand im Mittelpunkt der Berichterstattung:
die angebliche „Rädelsführerin der Revolte“ Erna Dorn.



Erna Dorn



„SS-Kommandeuse im Führungsstab der Provokateure“, überschrieb das „Neue Deutschland“ seinen Bericht über die am 22. Juni 1953 zum Tode verurteilte Erna Dorn. „Die Dorn ist eine Gefahr für die Menschheit. Solche Kreaturen darf man nicht noch einmal auf die Bevölkerung loslassen“, hieß es im Plädoyer des Staatsanwaltes.

Der Begriff „SS-Kommandeuse“ wurde nach 1945 für besonders brutale KZ-Aufseherinnen geprägt. Es gibt keinen Beweis dafür, dass Erna Dorn eine solche „sadistische Nazibestie“ war. Das Erna Dorn belastende Material besteht nur aus dubiosen Selbstbezeichnungen. Die Vernehmungsprotokolle sind voller Widersprüche. Zudem legen verschiedene Versionen des selben Protokolls den Schluss nahe, dass der Angeklagten belastende Aussagen untergeschoben wurden. So heißt es in einer Version, die Dorn habe 80-90 Personen festgenommen. In einem anderen Vernehmungsprotokoll heißt es an gleicher Stelle: „liquidiert“. Diese, die Angeklagte schwer belastende Version ging auch in die Presseveröffentlichungen ein - bis hin zu Stefan Hermlins Novelle „Die Kommandeuse“: „Man fragte sie, wie viele Häftlinge auf ihre eigene Anweisung hin ermordet worden seien. Sie antwortete, nicht mehr als achtzig oder neunzig.“⁸

Aus Mangel an belastendem Material behauptete das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ am 26. Juni, Erna Dorn sei in Wirklichkeit die berüchtigte KZ-Aufseherin Gertrud Rabestein. Diese Frau, die im KZ Ravensbrück als „Raabenaas“ bekannt war, verbüßte allerdings schon seit 1948 eine lebenslange Freiheitsstrafe im Zuchthaus Hoheneck.

Erna Dorn - eine Rädelsführerin des 17. Juni?

Am 17. Juni befand sich Erna Dorn in der Haftanstalt in der Kleinen Steinstraße. Sie als „Rädelsführerin“ zu bezeichnen, ist schon deshalb abwegig, weil sie erst zwischen 15 und 16 Uhr befreit wurde. Nach eigenen Aussagen begab sich Erna Dorn nach ihrer Befreiung zunächst zur Stadtmission am Weidenplan, erhielt dort frische Kleidung und ging dann auf den Markt. Im „Neuen Deutschland“ vom 26. Juni hieß es: „Dort hielt die SS-Kommandeuse faschistische Hetzreden und putschte die Provokateure zu weiteren Gewalttätigkeiten auf.“ Zahlreiche Augenzeugen der Kundgebung auf dem Hallmarkt wissen nichts vom Auftreten einer Frau auf der Rednertribüne und halten diese Aussage für eine im Nachhinein erfundene Geschichte. Lediglich in zwei PDS-nahen Veröffentlichungen wird ein ehemaliger KVP-Offizierschüler unter verschiedenen Namen mit der Behauptung zitiert, er habe die Stimme von Erna Dorn gehört, wie sie „vom geliebten Führer sprach, dessen Politik nun wieder fortgeführt werden müßte.“⁹

Kurzer Prozess

Fünf Tage nach dem 17. Juni wurde Erna Dorn in einem dreieinhalbstündigen Prozess vor dem Bezirksgericht Halle zum Tode verurteilt. Zeugen traten nicht auf. Die Verurteilung beruhte lediglich auf einem verworrenen Brief, den Erna Dorn am 18. Juni an ihren Vater geschrieben haben soll, und auf den Aussagen der Angeklagten. Im Sitzungsbericht hieß es, das Verhalten des Verteidigers sei „mustergültig“ gewesen.

Zusätzlich zu dem psychischen Druck, der auf Erna Dorn in den stundenlangen Befragungen ausgeübt wurde, ist nach Aussagen von Mithäftlingen anzunehmen, dass die Angeklagte bei ihrer Festnahme schwer misshandelt wurde. Gegen das Todesurteil legte Erna Dorn Berufung ein. Noch bevor diese am 27. Juni in Berlin verhandelt und abgewiesen wurde, machten tägliche Propaganda-Artikel in der „Freiheit“ und im „Neuen Deutschland“ deutlich, dass Erna Dorns Schicksal längst besiegelt war. Nachdem auch das Gnadengesuch gescheitert war, wurde Erna Dorn am 1. Oktober 1953 in Dresden enthauptet. Der Abschiedsbrief, den die Frau vor ihrer Hinrichtung schrieb, wurde nicht weitergeleitet. Er liegt heute noch in den Stasi-Akten.

Die Urne mit den sterblichen Überresten wurde anonym verscharrt. Sie befindet sich heute auf dem „Urnenhain für die Opfer politischer Gewalt 1945-1989“ in Dresden-Tolkewitz. Am 22. März 1994 erklärte die Staatsanwaltschaft Halle das Todesurteil für rechtsstaatswidrig und hob es auf.

Wer war Erna Dorn?

Wer Erna Dorn wirklich war, ist bis heute nicht geklärt. Die angeblich aus Ostpreußen stammende Frau kam 1945 unter anderem Namen nach Halle, gab sich als ehemalige KZ-Insassin aus und heiratete einen Kommunisten. Wegen kleinerer Betrügereien wurde sie 1950 und 1951 zu geringen Haftstrafen verurteilt. Während der Haft überraschte sie ihre Vernehmer mit Selbstbezeichnungen. Zunächst behauptete die Kleinkriminelle, an einem Ring von Agenten und Saboteuren beteiligt gewesen zu sein. Sie nannte zahlreiche Namen, die Beschuldigten wurden daraufhin verhaftet und überprüft, ohne dass sich Hinweise auf eine Agententätigkeit ergaben. Später sagte Erna Dorn aus freien Stücken aus, Gestapo-Sekretärin und Angestellte der politischen Abteilung im KZ Ravensbrück gewesen zu sein. Auch diesmal blieben die Bemühungen der Untersuchungsorgane, den Wahrheitsgehalt ihrer Angaben zu prüfen, ergebnislos. Dennoch wurde sie im Mai 1953 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Möglicherweise standen die schubweise aufgetretenen Selbstbeschuldigungen und Agentengeschichten im Zusammenhang mit psychischen Störungen. Ein psychiatrisches Gutachten ist nie angefertigt worden. Die SED benutzte die Neigung von Erna Dorn, sich mit erfundenen Geschichten wichtig zu machen, um den Aufstand des 17. Juni als faschistischen Putschversuch zu diffamieren und seine blutige Niederschlagung zu rechtfertigen.













Gerhard Schmidt



Am 17. Juni näherten sich gegen 14 Uhr etwa 700 Demonstranten dem Zuchthaus „Roter Ochse“, um die Gefangenen zu befreien. Ein erster Angriff auf den Hintereingang Ulestraße schlug fehl. Um 14.30 Uhr gelang es den Aufständischen, das Haupttor mittels eines LKW aufzudrücken. Die Menschen stürmten in den Hof des Zuchthauses. Daraufhin schoss die Wachmannschaft mit Gewehren in die Menge. Dabei gab es Tote und Verletzte. Um 14.50 Uhr versuchten Aufständische erneut, von der Hermannstraße her einzudringen. Wieder wurde geschossen, wieder starben Menschen bzw. wurden schwer verletzt. Alle Versuche, das Gefängnis zu stürmen, schlugen fehl.

Gegen 16 Uhr schließlich sperrten sowjetische Panzer die Straßen rund um das Zuchthaus endgültig ab.

Mindestens fünf Menschen starben bei den Auseinandersetzungen am „Roten Ochsen“. Einer von ihnen hieß Gerhard Schmidt. Während man die anderen Toten als Kriminelle diffamierte und - zum Teil ohne die Angehörigen zu benachrichtigen - beerdigte, wurde die Beisetzung von Gerhard Schmidt als propagandistische Großveranstaltung inszeniert. Die FDJ organisierte einen Sternmarsch durch Halle mit knapp 5000 dazu verpflichteten Teilnehmern. Ein gewaltiges Aufgebot an Polizeikräften sicherte die Veranstaltung ab.

Unliebsame Trauergäste wurden sofort verhaftet.

„Am 17. Juni 1953 wurde unser Gerhard, als er sich faschistischen Rowdies und ausländischen Agenten entgegenstellte, brutal niedergeschossen“, schrieb die FDJ-Bezirksleitung Halle in ihrem Nachruf für Gerhard Schmidt. FDJ-Chef Erich Honecker telegrafierte der Witwe von Berlin aus seine „tiefe Anteilnahme“ am Tod eines „unserer besten unerschrockenen Kampfgefährten“. „Diese Tat ist ein weiterer Beweis für die Skrupellosigkeit der imperialistischen Kriegstreiber, die mit allen Mitteln versuchen, ihre Pläne durchzusetzen“, zitierte die „Freiheit“ vom 25. Juni 1953 Jugendliche des „VEM Anlagenbau“.

Das alles war eine makabre Inszenierung, die wider besseren Wissens stattfand. Nachdem der stellvertretende Rektor der Martin-Luther-Universität, Professor Stern, die Angehörigen eingeschüchtert hatte, setzte man sich zynisch über den Schmerz der Angehörigen hinweg.



In einem 1990 verfassten Brief an den Historiker Prof. Manfred Hagen berichtete die Witwe von Gerhard Schmidt: „Prof. Stern erklärte den Eltern Schmidt, meinen Eltern und mir, die Uni würde das Begräbnis ausrichten. Er habe den Fall so zurechtgebogen, man hätte ihn ja auch ganz anders sehen können. Wörtlich: 'Sie haben zu schweigen, die Aasgeier werden kommen.' So wurde zu unserem Entsetzen ein Staatsbegräbnis mit Volksarmee, FDJ, Abordnungen der Betriebe und Kapelle in Szene gesetzt. Der Verkehr in der Stadt ruhte. Ich habe mich in Grund und Boden geschämt, wenn ich die grimmi- gen Gesichter der Passanten sah, die so dachten wie ich und nicht ahnten, daß sie nur die Opfer eines makabren Theaters waren.“

Wer war Gerhard Schmidt?

Der knapp 27jährige war jungverheiratet und arbeitete als Doktorand an der landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität. Ein ehemaliger Kommilitone beschreibt ihn als ruhigen und besonnenen Menschen, der die Zeitereignisse stets kritisch und genau verfolgte. Gerhard Schmidt war kirchlich gebunden. In FDJ und Bauernpartei (DBD) war er nach Angaben seiner Frau lediglich zahlendes Mitglied.

Die Behauptung, Gerhard Schmidt habe sich am 17. Juni den Demonstranten entgegengestellt, ist frei erfunden. Der junge Mann, der mit seiner Frau auf dem Weg zu den Schwiegereltern war, geriet eher zufällig in den Tumult vor dem „Roten Ochsen“. Eine Zeitzeugin, die am Kirchtor wohnte, erinnert sich: „Vor meinen Augen wurde ein junger Passant getroffen, er schrie auf, hielt sich die Brust und klappte zusammen. Wir haben ihn in unser Haus geholt ... Mein Mann hat ihm eine Herzspritze gegeben und empfohlen, das Schussopfer sofort in eine chirurgische Klinik zu bringen. Aber auf dem Weg dorthin ist Gerhard Schmidt, so war sein Name, dann gestorben.“¹⁰

Getötet wurde der junge Wissenschaftler durch eine Polizeikugel. Laut einem Gedächtnisprotokoll von Prof. Gerhard Friedrich, dem Doktorvater von Gerhard Schmidt, hatte dieser „einen Lungendurchschuß, der relativ unproblematisch gewesen wäre, hätte man nicht mit Explosivmunition geschossen. Das Explosivgeschosß hatte die Lunge völlig zerrissen, so daß schnell der Tod eintrat. Explosivgeschosse hatten aber nur Polizei und Sowjetische Armee.“¹¹

In den damaligen Polizeiberichten hieß es, dass nicht zu ermitteln sei, wer den tödlichen Schuss abgegeben habe. Man hatte kein Interesse an der Wahrheit, sondern erfand die Legende vom jungen Märtyrer, der „für die heilige Sache des Friedens und der Wiedervereinigung“ gestorben sei. Schon damals zweifelten viele hinter vorgehaltener Hand an dieser Legende. An der Universität hatte Prof. Friedrich am 18. Juni vor knapp 100 Studenten mitgeteilt, dass Gerhard Schmidt von einer verirrten Kugel getötet worden sei, und eine Gedenkminute abgehalten.

Später wurde die Lügengeschichte von der SED kaum noch erwähnt, aber auch nicht dementiert. So konnte der ehemalige Landwirtschaftsminister der DDR, Hans Reichelt, noch 1997 behaupten, dass am 17. Juni „in Halle der DBD-Funktionär Gerhard Schmidt von Kriminellen ermordet“ worden sei.¹²





Streiks trotz Ausnahmezustand - die Tage nach dem 17. Juni

Trotz der gewaltsamen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes dauerten die Auseinandersetzungen in Halle an. Auch am 18. Juni versammelte sich eine größere Menschenmenge auf dem Markt. Die beabsichtigte Kundgebung wurde durch ein großes Polizeiaufgebot verhindert. Dabei erschossen die Sicherheitskräfte eine junge Frau. Die Angestellte des HO-Warenhauses hatte gerade Feierabend und überquerte den Marktplatz, als sie von einer Polizeikugel getötet wurde.

Bei der Großkundgebung auf dem Hallmarkt am 17. Juni hatte das Streikkomitee für den nächsten Tag zum Generalstreik aufgerufen. In zahlreichen halleschen Betrieben ruhte am 18. Juni und auch an den Folgetagen die Arbeit. Manche Arbeiter wiederholten nochmals die Forderungen vom 17. Juni: Freie Wahlen, 40%ige Senkung der HO-Preise, Rücktritt der Regierung. Meistens aber beschränkten sie sich auf innerbetriebliche Probleme - Zeichen der zunehmenden Einengung der Handlungsspielräume der Arbeiter infolge des Ausnahmezustands. Polizei und MfS verhafteten in zahlreichen Betrieben die Mitglieder der Streikleitung. Gleichzeitig schickte die SED Agitationskolonnen in die Betriebe. Allein am 18. Juni kamen in Halle 600-700 Agitatoren zum Einsatz. Einige Belegschaften beendeten daraufhin ihren Streik. Andere, wie die Arbeiter der Maschinenfabrik und des IFA-Motorenwerkes, drängten die Agitatoren aus den Betrieben: „50 Agitatoren, die herausgeschickt waren, wurden von den Streikenden aus dem Betrieb herausgedrängt. Man hat dies zum Anlaß genommen, zu erklären, daß auf Grund des Agitatoreneinsatzes sie jetzt erst recht auf dem Streik bestünden. ... Im Augenblick wird gemeldet, daß sich die Leute im Hof zusammenrotten und das Verwaltungsgebäude stürmen wollen. Es ist notwendig, mit bewaffneter Macht einzugreifen, um die Streikleitung zu verhaften. Nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes ist die Streikleitung illegal und unterliegt dem Kriegsgesetz.“¹³

Teilweise gingen die Arbeiter angesichts des Kriegsrechts zu subtileren Streikformen über.

„RAW Halle arbeitet wohl, aber nur f o r m a l“, berichtete ein FDGB-Funktionär am 19. Juni.¹⁴

Mehrmals tauchten Flugblätter auf. So wurden in Halle 900 Zettel mit einem Schneckenzeichen und dem Wort „Langsambewegung“ beschlagnahmt. Besonders stark war der Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ammendorfer Waggonfabrik LOWA. Dort blieben die Agitatoreneinsätze laut einem Bericht der Parteikontrollkommission wirkungslos: „Ganze Gruppen aus anderen Fabriken wurden zur Waggonfabrik gebracht, um den Block der

Streikenden zu lockern, jedoch vergeblich, da die Rädelsführer ein System der Isolierung anwandten und werksfremde Agitatoren aus den Werkstätten drängten.“¹⁵

Die SED verschaffte sich durch das Versammlungsverbot die Möglichkeit, in den Tagen nach dem 17. Juni in vielen halleschen Betrieben in eigener Regie Versammlungen durchzuführen. Durch Taktieren, mit Drohungen und Versprechungen suchte man den Streikwillen der Arbeiter zu brechen. Alle politischen Forderungen der Arbeiter wiesen die Funktionäre zurück, boten aber in materiellen Fragen Zugeständnisse an. In der LOWA beendete die Belegschaft den Streik, als die SED zusicherte, dass auch für die Streiktage Lohn gezahlt würde.

Neun Tage nach dem 17. Juni legte der Ministerrat in einer Regelung für die gesamte DDR fest, dass allen Arbeitern, denen eine aktive Streikbeteiligung nicht nachzuweisen war, 90 Prozent des Lohns gezahlt wurde. Es genügte eine schriftliche Erklärung des Betreffenden, nicht an der Arbeitsniederlegung beteiligt gewesen zu sein. Auf diese Weise verband die SED materielle Zugeständnisse mit der Forderung einer Loyalitätserklärung von den Arbeitern.

Mit Hilfe des Ausnahmezustands konnte die SED ihre politische Macht stabilisieren. Vermeintliche „Rädelsführer“ wurden verhaftet. Viele Menschen flohen in den Westen. Mit Legenden von „westlichen Saboteuren“ und „faschistischen Rädelsführern“ versuchte die SED, die Mehrheit der Arbeiter als Verführte darzustellen. Damit sollte eine einfache Wahrheit vertuscht werden: Am 17. Juni hatte sich der Kampf der Arbeiter um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gegen die SED gerichtet. Das war ein schwerer Schlag für eine Partei, die sich in ihrem Selbstverständnis als Alleinerbin der deutschen Arbeiterbewegung sah.

Höhepunkt der Restaurationsphase war die unter großen Sicherheitsvorkehrungen während des Ausnahmezustandes durchgeführte Massenkundgebung am 26. Juni. Mit der Großkundgebung demonstrierte die SED ihre wieder gewonnene Macht über das öffentliche Wort. Zu den etwa 75000 Versammelten sprach ZK-Mitglied Fred Oelssner, der am 17. Juni die Niederschlagung des Aufstands in Halle geleitet hatte. Auf dem Hallmarkt, an eben jener Stelle, wo Arbeiter neun Tage zuvor freie und geheime Wahlen gefordert hatten, erklangen inszenierte Jubelrufe: „Als Genosse Fred Oelssner konkret noch einmal die Ursachen des 17. und 18. 6. 1953 aufzeigte und die Kundgebungsteilnehmer von den Regierungsbeschlüssen zur Verbesserung der allgemeinen Lebenslage überzeugen konnte, kannte die Begeisterung keine Grenzen, die ihre Ovation fand in Hochrufen auf den Genossen Wilhelm Pieck, auf die Regierung, auf das ZK, sowie auf den Genossen Fred Oelssner.“¹⁶



Solidarität mit den Verhafteten

Bereits am Abend des 17. Juni hatte eine Verhaftungswelle begonnen. Staatssicherheitsdienst, Polizei, Funktionäre von SED und Massenorganisationen versuchten, einzelne Arbeiter als „Rädelsführer“ zu isolieren und gleichzeitig die Arbeitermehrheit auf die Seite der Staatsmacht zu ziehen. Dieser Machtkampf dauerte etwa eine Woche. Oft reagierten die halleschen Arbeiter auf die Verhaftung ihrer Kollegen mit Solidaritätskundgebungen und Streiks. In den Berichten der SED über Diskussionen in Betrieben ist deutlich zu erkennen, was die Arbeiter unter Solidarität verstanden. Sie forderten Straffreiheit für die Streikleitung und weigerten sich, den streikenden Kollegen anderer Betriebe in den Rücken zu fallen.

In der Ammendorfer Druckfarbenfabrik hatte der frühere SED-Parteisekretär des Werkschutzes, Paul Wege, den Demonstrationszug seiner Kollegen angeführt. Die Parteikontrollkommission des Stadtbezirkes forderte seinen Parteiausschluss. Die Parteigruppe musste so lange abstimmen, bis sich eine Mehrheit für den Ausschluss fand. Wenig später wurde Paul Wege „aus dem Betrieb entfernt“.¹⁷

Im VEB ABUS waren nach dem 17. Juni angebliche „Provokateure“ verhaftet worden. Einige Wochen später forderten die Frauen die Freilassung ihrer Männer.

Jegliche Solidaritätsbekundungen mit Verhafteten galten als besondere Vorkommnisse und wurden an die SED-Bezirksleitung gemeldet. So meldete die Kreisleitung Quedlinburg im Juli 1953, dass Arbeiter im EHW Thale für die hochschwängere Frau eines Inhaftierten Geld sammelten. In der Waggonfabrik Ammendorf wurde der Arbeiter Walter Zweinig verhaftet, weil er Geld für Angehörige von verhafteten bzw. erschossenen Kollegen gesammelt hatte.

Ein Arbeiter aus dem Messgerätewerk Quedlinburg, der als angeblicher Rädelsführer verhaftet und vor Gericht gestellt worden war, wurde Anfang Juli vom Bezirksgericht Halle freigesprochen. Bei seiner Rückkehr am 15. Juli 1953 empfingen ihn die Kollegen an seinem Arbeitsplatz mit Blumensträußen. Noch am selben Abend veranlasste die SED-Kreisleitung Quedlinburg seine erneute Verhaftung und telegraphierte an die Bezirksleitung: „Die kurze Anwesenheit des Vogler im Betrieb, der Empfang 'mit den Blumengeschenken' werten wir als neue Provokation, die uns einige neue Momente der Arbeit des Gegners ergab, über die wir noch genauer berichten werden.“¹⁸

„Eine anständige Beerdigung“

„Die Belegschaft legte eine Gedenkminute für ihre Toten ein“, berichtete die Parteikontrollkommission über die MTS-Spezialwerkstatt Halle.¹⁹ Die Arbeiter führten dort am Morgen des 18. Juni eine Belegschaftsversammlung durch und setzten sich so über die Ausnahme Gesetze hinweg. Zu den Forderungen, die hier wie auch in anderen Betrieben sofort nach dem 17. Juni erhoben wurden, gehörte die nach einer „anständigen Beerdigung“ für die Kollegen, die ihr Leben verloren hatten.

Da die SED die Toten konfisziert hatte und die Beerdigungstermine geheim hielt, kursierten Gerüchte. In mehreren Betrieben sprachen Arbeiter von einer Trauerdemonstration am Samstag, dem 20. Juni.

Tatsächlich fanden die Beerdigungen erst am 24. Juni statt. Noch bevor die FDJ am Nachmittag dieses Tages die Massenkundgebung am Grab von Gerhard Schmidt ablaufen ließ, wurden die anderen Toten unter Ausschluss der Öffentlichkeit beerdigt. Die SED hatte angeordnet, einige Tote noch vor der Öffnung des Friedhofs um 8 Uhr zu bestatten.

Norbert Crato, dessen Vater am „Roten Ochsen“ erschossen wurde, erinnert sich: „Wir haben meinen Vater noch gesehen, aufgebahrt in der Halle. Die Beerdigung - mit dem Pfarrer, da haben wir uns vor dem Gertraudenfriedhof getroffen. Und irgendwie war der Pfarrer weg eine Zeit lang und kam dann wieder und sagte, dass die Beerdigung etwas anders abläuft, dass die Gräber praktisch schon zu sind.“

Während der Trauerfeier standen Sicherheitskräfte hinter den Büschen und überwachten die Anwesenden.

Mehrere Todesopfer wurden als „asoziale Elemente“ diffamiert.

Über einen erschossenen Jugendlichen aus Reideburg urteilte man: „Seine Einstellung ist erkennbar an seiner Kleidung, die ausgesprochen westlich war. Die ganze Person war der Typ eines Samba-Jünglings.“²⁰ Das genügte, um ihm eine würdige Beerdigung zu verweigern. Seine Angehörigen benachrichtigte man erst, als der Tote schon unter der Erde war.



Kopie BStU



Kopie BStU

Anmerkungen:

- ¹ Polizeibericht vom 25.6.1953. Landesarchiv Merseburg, BDVP Halle 19, 74, Bl. 173.
- ² Polizeibericht vom 1.7.1953. Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/3, 611, Bl. 117.
- ³ Aus einem Brief an Prof. Manfred Hagen, Göttingen. In der Ortsangabe irrt der Zeitzeuge: Das Stalinbildnis befand sich am Stadtpark an der heutigen Magdeburger Straße.
- ⁴ Uwe Johnson, Jahrestage, Frankfurt/M. 2000, S. 1665.
- ⁵ Hallesches Tageblatt vom 17.6.1993.
- ⁶ Polizeibericht vom 1.7.1953. Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/3, 611, Bl. 117f.
- ⁷ Die Übersicht wurde dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt von Dr. H.-P. Löhn, BStU Ast. Halle. Sie basiert auf Berichten von Polizei und MfS vom 17. und 18. Juni 1953. Ob an den folgenden Tagen weitere Schwerverletzte gestorben sind, ist nicht bekannt.
- ⁸ Stefan Hermlin, Erzählungen, Berlin/Weimar 1985, S. 234.
- ⁹ Unabhängige Autorensgemeinschaft „So habe ich das erlebt“ (Hg.), Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999, S. 95-97 sowie Angelika Klein, Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Bd. 3, Potsdam 1993, S. 34f.
- ¹⁰ Hallesches Tageblatt vom 17. Juni 1993.
- ¹¹ Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Landwirtschaftliche Fakultät (Hg.), 50 Jahre Landwirtschaftliche Fakultät 1947-1997, Festschrift, Halle 1997, S. 85.
- ¹² Hans Reichelt, Blockflöten - oder was? Zur Geschichte der DBD, edition ost 1997, S. 145.
- ¹³ Bericht der Kreisleitung Halle vom 18.6., 14.30 Uhr. Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/55, 1136a T.1, Bl. 82.
- ¹⁴ Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/55, 1136b T.1, Bl. 129.
- ¹⁵ Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/4, 1132, Bl. 134.
- ¹⁶ Polizeibericht vom 26.6.1953. Sprachliche Fehler im Original.
- ¹⁷ Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/4, 1133, Bl. 118.
- ¹⁸ Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/55, 1140, Bl. 26.
- ¹⁹ Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, IV/2/4, 1133, Bl. 40.
- ²⁰ Internes Papier der SED vom 22.6.53, das die Art der Beerdigung für zehn Opfer der 17. Juni im Bezirk Halle festlegte. Landesarchiv Merseburg, BDVP 19, 073, Bl. 96.

Fotos:

Kopien BStU/ Ast. Halle, AU 236/54 (Bd.I):

S.1, 10, 23, 26, 27 Auf dem Markt

S.4, 5, 9, 12 Vor der Haftanstalt Kleine Steinstraße

S.17 Vor dem Zuchthaus „Roter Ochse“, Am Kirchtor

S.19 Beerdigung von Gerhard Schmidt

S.29 Auf dem Hallmarkt

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn: S.30/ 31

Herausgegeben vom

Zeit-Geschichte(n) e.V. - Verein für erlebte Geschichte

Große Ulrichstr. 51, 06108 Halle/Saale,

Tel.: (0345) 203 60 40

Fax: (0345) 203 60 41

e-mail: zeit-geschichten@t-online.de

Mit Unterstützung der

Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt

Text: Udo Grashoff

Redaktion: Heidi Bohley

Gestaltung: Steffi Kaiser

Druck: Druckerei H. John, Halle

ISBN Nr.

„Von dem Einmarsch der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter in Halle gibt es eine Fotografie. Sie erfasst etwa neunzig Leute vollständig, die Frauen in Sommerkleidern, die Männer meist wie fürs Arbeiten angezogen, in dunklen oder grauen Overalls oder Hemd und Hose. Sie gehen in ungeordneten Reihen, mit schwingenden Armen, ein paar winken einander zu (der Kamera unbewußt). Zwei sind mit Taschen gekommen. Auf dem Bild sind allein elf Fahrräder zu sehen; wie hätten sie denn so teure Maschinen mit sich geführt, wenn sie Gewalt zu stiften im Sinne trugen, oder Gewalt zu erleiden erwarteten?“

Aus: Uwe Johnson „Jahrestage“, Suhrkamp 2000, einbändige Ausgabe S. 1666



